

Zitat:

«Der Brandsatz stellt ein Gegenpol gegenüber der profitorientierten Medienlandschaft in Winterthur und Region dar.» Dies schreibt die anonym bleibende Herausgeberschaft der «unabhängigen sozialistischen Zeitung» namens «Brandsatz» in einem Communiqué. Als das Blatt pünktlich zur Anti-Wef-Demo im Januar erstmals erschien, war seine Zukunft ungewiss. Nun aber steht fest: Der «Brandsatz» wird regelmässig etwa alle zwei Monate erscheinen. Das Herausgeberkollektiv will eigenen Angaben zufolge eine Plattform für Menschen schaffen, die nicht die nötigen Mittel haben, um ihre Meinungen, Gedanken und Philosophien kundzutun. Die erste Ausgabe widmete sich hauptsächlich Hausbesetzungen und Sauvages. Infos unter www.brandsatz.ch. nm.

Wie muss man Rickli einordnen?

Zum Leserbriefaustausch «Natalie Rickli soll bleiben!» im «Stadtblatt» vom 10. März:) Jetzt habe ich Gelegenheit, meinen Senf auch noch loszuwerden. Seit die Rickli, Natalie, zum zweiten Mal im «Stadtblatt» publiziert hat (beim ersten Mal hielt ich es noch für einen bitteren Scherz), beunruhigt das auch mich erheblich. Natürlich gehe ich nicht davon aus, dass die Zeitungslektüre dieselbe therapeutische Wirkung auf meine erholungsbedürftige Arbeiterseele haben muss wie der Dienstagskrimi (ja, der Bulle von Tölz). Natürlich soll die Zeitung zum Denken und Argumentieren anregen. Dass das «Stadtblatt» dies tut, hat es bewiesen, indem ich mich auch ein- bis zweimal jährlich an einer für mich besonders interessanten Auseinandersetzung mit einem Leserbriefli beteilige. Aber bei dem unverderblichen Landei von Jungpolitikerin klingt bei mir ehrlich nichts an. Die Anregung kann nicht stattfinden. Die Kontroverse ist uninteressant, weil fruchtlos. Der Platz ist verloren. Die einzige Rechtfertigung dafür, dass sie im Nachfolgeblatt der «AZ» Raum einnimmt, könnte sein, dass sie als Entgelt dafür eine Redaktorinnenstelle finanziert ...

Dani Altenbach, Winterthur.

Lieber Herr Weber, nach Peter Schöchlin's Brief zum Thema Rickli werde ich mich nun doch auch noch dazu äussern. Im Gegensatz zu ihm und Ihnen war ich in meiner Studentzeit weder links-pazifistisch noch sozialistisch-revolutionär. Im Gegenteil: Zum Beispiel habe ich mich sogar in einem offenen Brief an das Rektorat der Uni Zürich gegen einen Auftritt von Rudi Dutschke an der Uni eingesetzt. Mein damals eher verschwommenes Ideal war irgendwie liberal. Ich bin seit damals aber eher nach links gerutscht. Allerdings bei weitem nicht so weit, wie viele 68er in dieser Zeit nach rechts abgedriftet und für mich ziemlich unglaubwürdig geworden sind. Wie heisst doch die Redensart vom alten Linken, der in seiner Jugend nicht rechts war ... oder ist das umgekehrt? Wie auch immer. Eigentlich geht es mir in meinen Leserbriefen, in denen ich oft gegen Frau Rickli argumentiere, nicht in erster Linie um sie. Sie ist zwar ein tragischer Fall. Wie eben solchermassen verirrte junge Leute einen immer traurig stimmen. Aber bei ihr ist Hopfen und Malz verloren, und wohl ebenso bei all den Kleinbürgern (zu denen ich mich im Übrigen auch zähle), die auf die rechtsnationalistischen (ich wage zu sagen: präfaschistischen, im Sinne Umberto Ecos wohl «urfaschisti-

schen») Rattenfängertöne der SVP hereinfliegen. Die Kälber wollen nun einmal ihre Metzger selber wählen. Nein, mir geht es vielmehr um das opportunistische Taktieren der FDP, die mir im Grunde von den Grundsätzen her eben nahe stehen würde. Wenn sie nur diese Grundsätze nicht laufend verletzen würde! Wo sind die aufrechten Freisinnigen, die ihre Stimme gegen dieses höselhafte Anbieten bei der SVP erheben? Sie äussern sich vielleicht vereinzelt in Leserbriefen. Von keinem Exponenten des Winterthurer Freisinns habe ich jedenfalls zu diesem Thema etwas gehört. Was das angesprochene Gespräch mit Frau Rickli betrifft, muss ich sagen, dass ich daran eigentlich nicht interessiert bin. Frau Rickli hat nie auch nur das geringste Interesse an den Entgegnungen auf ihre Elaborate gezeigt. Ich habe schon früher geschrieben, dass es für mich zwei Arten von SVP-Mitgliedern gibt, denen ich die Mitgliedschaft in dieser Partei verzeihen kann, und mit denen bin ich jederzeit bereit zu diskutieren. Das sind einmal Bauern und zum anderen Leute, die beigetreten sind, als die SVP (BGB) noch eine anständige Partei war. Frau Rickli gehört gewiss zu keiner dieser beiden Kategorien.

Max Baumann, Winterthur.

Hollenstein: Wählen oder nicht?

Winterthur und Zürich sind Weltmeister der Sozialausgaben.» So tönte es an der letzten SVP-Versammlung von FDP-Nationalrat Otto Ineichen. Ein Unternehmer engagiert Leute, die er brauchen kann, die andern bemühen sich, arbeitstauglich zu werden und erwarten Unterstützung von Privaten und Öffentlichkeit. In wirtschaftlich schwächeren Zeiten steigen die Sozialkosten in Städten wie Winterthur stärker als anderswo. Unsere Stadt hat eine Arbeitslosenquote von 5,6 Prozent – 1,3 Prozent mehr als der kantonale Durchschnitt. Unser jetziger Stadtrat hat gezeigt, dass er bereit ist, die Verschuldung aufzuhalten, auch wenn dies unpopuläre Entscheide erfordert. Zur gleichen Zeit hat auch der Kan-

ton Sparmassnahmen ergriffen. Gehen diese in die eigenen Bereiche, liegen die Auswirkungen in der kantonalen Verantwortung. Spart der Kanton auf dem Buckel der Gemeinden, trifft dies unsere Stadt hart. Der Rückzug des Kantons bei Leistungen für Schulen, Spitälern, Sozialem wirkt sich verheerend für die Stadtkasse aus. Der Stadtrat ist gezwungen, ein weiteres Sparpaket vorzubereiten. Die Region muss auch ein Interesse haben, dass unsere Stadt ihre Zentrumsaufgaben weiterführen kann. Dies ist nur mit einer gesunden finanziellen Basis möglich. Als Bewohner der Region muss es uns ein Anliegen sein, dass wir in Zukunft einen fähigen, kompetenten Vertreter in der Regierung haben, welcher diese Pro-

blematik kennt und sich in Zukunft für ein gesundes Winterthur einsetzen wird. Ich wähle wiederum Hans Hollenstein in den Regierungsrat.

Walter Kienast, Präsident der EVP Winterthur.

Der Stadtrat und mit ihm der CVP-Regierungsratskandidat Hans Hollenstein befürworten die Einführung der CO₂-Abgabe. Zudem will der Stadtrat weitere Klimaschutzmassnahmen ergreifen. Hans Hollensteins Absicht schadet damit dem Werkplatz Schweiz. Der CVP-Kandidat ist somit für den Regierungsrat nicht wählbar.

Yves Senn, Junge SVP Winterthur.

Wenn Firmen keine Steuern zahlen.

Zurzeit beschäftigen mich zwei Sachen. Einerseits: Die verschiedenen juristischen Personen (Firmen) auf dem Platz Winterthur – haben sie wohl alle die Stadtsteuerbeiträge fürs Jahr 2003 schon bezahlt? Und wie viele dieser Firmen haben fürs Jahr 2004 ihren Obolus schon bezahlt? Dies dürfte die Bürgerinnen und Bürger der Stadt interessieren, denn aus dem ehemaligen Erb-Konzern als juristischer Person wird auch kein Centime mehr für die Steuern herauskommen. Durch eine vermehrte Kontrolle eben dieser juristischen Personen könnten solche Niederlagen eher vermieden werden. Denn wir als natürliche Personen werden «bis aufs Blut» ausgesaugt, was die Steuern anbelangt. Die juristischen Personen theoretisch auch, aber wenn nach einem Konkurs die neue Firma unter einem neuen

Namen eröffnet wird, so sind alle Schulden, auch die Steuern, den Kamin hoch gegangen, und wir natürlichen Personen haben das Nachsehen und dürfen vermehrte Steuererhöhungen in Kauf nehmen. Die letzte Erhöhung finde ich in vielerlei Hinsicht tragbar, aber in Zukunft muss hier dringend eine ganze Hand und nicht nur ein einzelner Finger auf diesem Dossier liegen. Auch sollte man diese Firmen namentlich publizieren, welche ihre Steuerschuld aus dem Jahr 2003 noch nicht beglichen haben. Es wird ja keine Person unmittelbar persönlich attackiert, da es sich um ein Gremium handelt. Das andere, das mich beschäftigt: Warum müssen die Ständeräte und die Nationalräte ein Gratis-SBB-Abo erhalten? Verdienen sie mit ihrem Mandat nicht genug, um die persönlichen Transportkosten vom

Wohnort bis nach Bern selber zu berappen? Ich arbeite bei der Kirchgemeinde, bezahle aber meine Fahrspesen auch aus dem eigenen Sack und verdiene eventuell weniger als die Magistraten. Vielleicht verhält es sich mit den Regierungsräten ähnlich, ich weiss es nicht. Diese Kosten könnten Leute in solchen Positionen sicherlich selbst tragen. Doch wenn es ihnen angeboten wird, ist selten jemand dazu bereit, auf diesen Beitrag zu verzichten. Es ist auch ein menschliches Problem: Was ich gratis erhalte, macht mir auch Freude, ob ich jetzt viel oder wenig Einkommen habe. Auch interessant wäre zu wissen, was die National- und Ständeräte für ihr Mandat an Spesen erhalten. Dies sollte man wieder einmal der Öffentlichkeit bekannt geben.

Anton Scherrer, Winterthur.

Die Kolumne der Überväter.



Intermezzo.

Aufgrund der grossen Nachfrage sehe ich mich gezwungen, Ihnen aufzuzeigen, wie die Kolumnen einer Parteisoldatin zustande kommen: Anfang Jahr schicke ich Christoph 1, Christoph 2 und Ueli M. den Erscheinungsplan meiner Kolumnen. Diese drei melden für die einzelnen Daten ihre Präferenzen an.

Zwei Wochen vorher muss ich mich schriftlich nochmals melden und erhalte darauf Stichworte zu aktuellen politischen Themen. Sie fragen sich nun, wer «Schni – Schna – Schnappi» in die Runde geworfen hat? Das bleibt mein, äh, unser Geheimnis. Innerhalb einer Woche schreibe

ich dann einen Text und schicke ihn zum Redigieren zurück. Darauf erhalte ich das «Gut zum Druck» mit allfälligen Korrekturen und leite es der Redaktion weiter. Manchmal kommt es allerdings vor, dass meine Überväter selber in die Tasten greifen müssen, nämlich dann, wenn bei mir selbst nachplappern zu wenig Wirkung erzielt.

An meiner Jugend, das müssen Sie sich endgültig abschminken, kann es wirklich nicht liegen. Ich bin 28 Jahre alt und dem Jugendwahn noch nicht verfallen. Sie müssen Ihre Zweifel, die Sie wegen mir hegen, und den Ärger, den Sie wegen mir haben, also anders aufarbeiten. Ich werde Ihnen dabei nicht helfen können, denn Sie haben Recht, ich bin die einzige Parteisoldatin im «Stadtblatt». Nie würde der SP-Präsident gegen die SVP schreiben, nie würden linke Politikerinnen mehr Krippenplätze, mehr Steuererhöhungen, mehr Integration und mehr Gleichstellung fordern, nie würden linke Kolumnistinnen die gleichgeschlechtliche Liebe anpreisen, geschweige denn würde sich jemand getrauen, ein linkes

Anliegen mit Fernsehauftritten zu pushen. Und jetzt schliessen Sie die Augen und stellen sich vor, dies würde in unserem «Stadtblatt» geschehen. Das schreckliche Vergehen eines linken Politikers, ein linkes Anliegen im «Stadtblatt» zu fordern? Huch, wem würden die denn nacheifern? Übermutter Micheline oder vielleicht Danke-für-die-Kinderkrippen-Jacqueline? Mich würde es nicht stören, wenn linke Politiker im «Stadtblatt» linke Anliegen fordern. Also geben Sie sich doch auch einen Ruck, und vielleicht sind so bald auch Kolumnen von linken Parteisoldaten im «Stadtblatt» möglich. Und dann können wir uns in einem Dialog mit der Frage auseinander setzen, wieso linke Forderungen fortschrittlich, weltoffen, sozial und ökologisch und eben nicht selbstgerecht, den grossen Vorbildern nachgebetet oder der Jugend zuzuschreiben sind.

Christoph hat gerade angerufen, wo das «Gut zum Druck» bleibt. Deshalb, liebe Leserinnen und Leser, bis zum nächsten Mal.

Natalie Rickli.

Briefe:

Auf diesen Seiten, liebe Leserinnen und Abonnenten, werden Ihre Meinungen zu erfreulichen, ärgerlichen oder aufwühlenden Themen und Erlebnissen im täglichen Leben publiziert sowie Ihre Ansichten zu lokalen wie globalen Ereignissen. Und freilich sind auch Ihre Reaktionen auf redaktionelle Artikel und Kolumnen hoch willkommen, die in unserer kleinen Winterthurer Text-Woche erschienen sind. Die Mitglieder der Redaktion allerdings redigieren und kürzen gegebenenfalls die eingesandten Briefe dem Sinn nach und gemäss dem geltenden Medienrecht. Senden Sie Ihre Beiträge bitte an die Redaktion des «Stadtblatts», Garnmarkt 1, Postfach 2411, 8401 Winterthur oder übermitteln Sie die per Fax: 052 212 75 07 oder per E-Mail: redaktion@stadtblatt.ch

we.